



HALBZEIT



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



in der Bremischen Bürgerschaft

Herausgegeben von
Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
in der Bremischen Bürgerschaft
Schlachte 19/20, 28195 Bremen
Tel.: 0421/30 11-0 • Fax: 0421/30 11-250
fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Gestaltung und Satz: Thomas Kollande
Fotos: Elisa Meyer
V.i.S.d.P.: Matthias Makosch
Druck: Geffken & Köllner, Bremen

Diese Broschüre ist auf Umweltschutzpapier mit dem
FSC-Siegel gedruckt.

Juni 2009

*Matthias Güldner*

Halbzeit

Zwei Jahre grüne Regierungsbeteiligung sind um. Kommt mal alle rein. Holt tief Luft. Nehmt euch etwas zu trinken.

Die erste Halbzeit war stark – mit vielen guten Initiativen: Für den sozialen Zusammenhalt. Für die Chancengleichheit und Bildung der Kinder. Für den Klima- und Umweltschutz. Für mehr Demokratie und Transparenz. Die Altlasten des Vorgänger-Teams sind wir konsequent angegangen. Wir haben neue Prioritäten gesetzt, sind ein hohes Tempo gegangen. Vielleicht ein bisschen zu hoch. Die Wahlperiode dauert vier Jahre. Für viele Veränderungen brauchen wir einen langen Atem. Acht bis zwölf Jahre mindestens. Warum wir der Opposition einen Schritt voraus sind? Wir Grüne konzentrieren uns auf unsere Arbeit. Wir kommen uns nicht selbst in die Quere. Wir halten zusammen. Und wir halten Wort.

Schon ganz zu Beginn hatten wir auch ein bisschen Glück. Kaum waren wir dran, war das geplante Mega-Kohle-



HALBZEIT

kraftwerk vom Tisch. Nicht noch mehr CO₂ in der Atmosphäre! Dafür besteht die Chance, das eingesparte Geld in Wasserkraft, Solar- und Windenergie zu investieren. On- und Off-Shore. Der swb-Kauf durch einen regionalen Energieversorger garantiert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Bremen vermeidet jedes finanzielle Risiko. Zugleich bleiben Arbeitsplätze erhalten. Vor allem für Bremerhaven bedeutet der Klimaschutz viel zukunftsweisende Arbeit. Im Blaumann und mit dem Forschungskittel. Da ist noch Luft nach oben in der zweiten Halbzeit, zum Beispiel bei neuen Ansiedlungen. Zum ersten Mal wird in Bremen der Umweltschutz mit großem U geschrieben. Ein bisschen spät. Aber wir holen mit großen Schritten auf.

Überhaupt: Arbeit! Es gibt so viele vernünftige Dinge zu tun. Sich um Kinder und Jugendliche zu kümmern. Alle modernen Varianten von Familien zu unterstützen. Alten Menschen einen würdigen Lebensabend zu gestalten.

Und vor allem: Bildung. Den Zugang zu einem selbstbestimmten und sozial abgesicherten Leben zu ermöglichen. In der ersten Halbzeit mussten wir das Schulwesen erst mal umkrepeln. Schon wieder, haben einige gestöhnt. Zu recht! Jetzt haben die Schulen zehn Jahre lang Zeit. In der zweiten Halbzeit kommt es darauf an, jede einzelne Schule besser zu machen. Die LehrerInnen zu unterstützen. Viele neue Lehrkräfte gut auszubilden und einzustellen. Bildung zum Leitmotiv zu machen von der Kita bis zur Uni und danach lebenslang. Das bedeutet, auch in der Krise Geld in Bildung zu investieren. Für den nächsten Haushalt haben wir es vorgesehen. Aber auch



HALBZEIT

eine flexible, unterstützende Verwaltung. Wir arbeiten daran.

Überhaupt: das liebe Geld. Wir haben erst mal Kas- sensturz gemacht. Neue Spielregeln fürs Geldausgeben eingeführt. Und uns dran gehalten. Im Jahr 2008 hatten wir die niedrigste Neuverschuldung in Bremen seit Jahr- zehnten. Aber die Probleme sind nicht weg. Mit der Wirt- schaftskrise brechen die Steuereinnahmen massiv ein. Haushaltslöcher müssen wieder mit Krediten gestopft wer- den. Die Kredite von heute sind die Zinszahlungen von morgen. Und damit die Steuern und Einsparungen von morgen. Die ungezügelter Staatsverschuldung trifft am Ende die Ärmsten. Weil sie uns der Handlungsspielräume für Sozialpolitik berauben würde. Deshalb halten wir am Ziel einer Schuldenbremse fest. Wir werden in der zwei- ten Halbzeit abwägen müssen. Nicht das zarte Pflänz- chen Konjunkturprogramm kaputtsparen. Die Kredite auf das Allernötigste beschränken. Bescheidenheit und spar- sames Wirtschaften ohne Verschwendung zu einer Chan- ce machen. Anders mit unseren endlichen Ressourcen um- gehen. Man wird auf uns schauen.

Der Geist und die konkreten Schritte der ersten Halb- zeit waren gut. Fünfzehn Abgeordnete voller Enthusias- mus und auf der Höhe der Zeit können eine Menge bewe- gen. Das Mannschaftsspiel mit dem Koalitionspartner, mit dem Senat war konstruktiv, lösungsorientiert und ohne viel Tamtam. Bürgerinnen und Bürger wollen Ergebnisse sehen. Für die Show ist Dieter Bohlen zuständig. Den wür- den sie aber nicht in die Bremische Bürgerschaft wählen.



HALBZEIT

Apropos wählen. Wir hatten in der ersten Halbzeit sehr viele Menschen auszuwählen für entscheidende Aufgaben. Oft hakte es in der Vergangenheit ja nicht nur an der Politik. Sondern auch an denen, die sie umzusetzen hatten. Wir haben eine Menge hochkompetenter Leute für das Land Bremen gewinnen können. Darunter viele Frauen. Auch das werden wir in der zweiten Halbzeit fortsetzen.

Die Halbzeitpause war kurz. Wir haben zu tun. Gehen wir raus. Bringen wir's gut zu Ende.



Klimaschutz vorgebracht

Der Verzicht auf das Kohlekraftwerk macht den Wandel in der Bremer Energiepolitik deutlich. Mit uns Grünen nimmt Bremen seine Verantwortung für den Klimaschutz ernst. Wir treiben den Ausbau erneuerbarer Energien und die Energieeinsparung voran. Mit dem Klimaschutz-Aktionsprogramm 2010 spart Bremen innerhalb von zwei Jahren so viel klimaschädliches Kohlendioxid ein wie im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2007. Die jährlichen CO₂-Emissionen verringern sich um 370.000 Tonnen. Das erreichen wir vor allem durch mehr Stromerzeugung aus den erneuerbaren Energien Wind, Wasser und Sonne sowie die verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung. Das Weserkraftwerk befindet sich im Bau und kann bis zu 17.000 Haushalte mit Naturstrom versorgen. Hinzu kommt der Ausbau der Windenergie, mit der fortan 70.000 Bremer Haushalte ihren Energiebedarf klimaschonend decken können. Die Stadt und das Land gehen beim Klimaschutz mit gutem Beispiel voran: Bremen ist auf Ökostrom umgestiegen. Energie verschwendende Glühlampen werden in öffentlichen Gebäuden schrittweise durch Energiesparlampen ersetzt, was auf Dauer auch Kosten spart. Und wir setzen auf CarSharing im öffentlichen Dienst.



Maïke Schaefer

Durch uns fließt mehr Geld in die energetische Sanierung von Schulen, Sporthallen und auch Privathäusern. HauseigentümerInnen haben wir in den Jahren 2008 und 2009 mit je 1,6 Millionen Euro dabei unterstützt, ihre Altbauten energiesparend zu sanieren. Die energetische Gebäudesanierung ist auch ein Schwerpunkt des Konjunkturprogramms. Das schützt das Klima, senkt die Energiekosten und sichert zugleich Arbeitsplätze.

Um die Menschen in Bremen und Bremerhaven vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, investieren wir in den Küstenschutz. Wir haben alleine für 2008/2009 annähernd elf Millionen bereitgestellt, um die Deiche zu erhöhen. In den nächsten Jahren müssen insgesamt 130 Millionen Euro in die Erhöhung von Deichen investiert werden, um für die Menschen mehr Sicherheit vor absehbar zunehmenden Sturmfluten und Hochwasser zu schaffen. In Bremerhaven unterstützen wir aktiv die Gründung eines Deichverbands.

Umweltschonende und anwohnerfreundliche Verkehrspolitik

Wir bauen den umweltschonenden ÖPNV aus, um den Menschen eine kluge Alternative zur teuren Autofahrt zu bieten. Die Weichen für die S-Bahn sind mit der Vergabeentscheidung gestellt. Bremen erhält noch 2010 ein leistungsfähiges S-Bahn-Netz mit kurzen Taktzeiten. Auch der Ausbau von Straßenbahnlinien ist beschlossen. Die BSAG setzt jetzt schadstoffärmere Busse ein. Wir haben auf den



Bremer Autobahnen ein Tempolimit von 120 km/h eingeführt. Das senkt den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß und erhöht die Verkehrssicherheit.

Wir sorgen zudem dafür, dass die Interessen von RadfahrerInnen und FußgängerInnen gegenüber dem Autoverkehr wieder mehr Gewicht bekommen. Trotz geringer finanzieller Spielräume haben wir die Mittel für den Erhalt und die Sanierung von Rad- und Fußwegen ausgeweitet.

Die Menschen haben einen Rechtsanspruch auf saubere Luft. In der City ist der Verkehr die Hauptquelle für gesundheitsschädlichen Feinstaub und Stickoxide. Darunter leiden insbesondere Kinder und alte Menschen. Um die Feinstaubbelastung zu verringern, haben wir eine Umweltzone eingerichtet. Sie umfasst die Alt- und Neustadt und damit alle Bereiche mit zu hoher Feinstaubbelastung. Mit Übergangs- und Härtefallregelungen ist es zudem gelungen, die Umweltzone bürgerfreundlich zu gestalten.

Wir setzen uns dafür ein, den Autobahnring schnellstmöglich zu schließen. Er soll die Menschen in der Neustadt und City vom Verkehr entlasten. Wir wollen, dass der Bauabschnitt 2/2 in Richtung Arster Zubringer anwohnerfreundlich zu Ende gebaut wird. Ein Torso steht nicht zur Debatte. Wir wollen indes den Bund davon überzeugen, dass der 5. Bauabschnitt früher gebaut wird und anders verläuft, als bislang geplant. Bremen setzt sich gemeinsam mit Niedersachsen dafür ein, den 5. Bauabschnitt in einem Tunnel unter den Flughafen hindurch zur A 1 bei Brinkum zu führen. Diese Streckenführung macht die in Huckelriede und Kattenturm umstrittene Querspan-

ge zur Kattenturmer Heerstraße überflüssig. Denn wer Richtung Brinkum fahren will, könnte dadurch bereits in Höhe des Flughafens auf den 5. Bauabschnitt abbiegen. Das würde Huckelriede und Kattenturm entlasten.



Anja Stahmann

Bessere Förderung von Kindern soll Schule machen

Mit der Schulreform wollen wir das Bremer Bildungssystem leistungsfähiger machen. Die bessere Förderung der Kinder soll Schule machen. Für uns Grüne ist wichtig, dass das Fundament gestärkt wird. Damit Kinder nicht mehr an Sprachdefiziten scheitern, führen wir verbindliche Sprachtests vor der Einschulung ein. In den Schulen erfolgt anschließend die durchgängige Sprachförderung. Um Kindern die Übergänge zu erleichtern, können Grundschulen und weiterführende Schulen fortan enger zusammenarbeiten. Um Jugendliche vom überbordenden Lerndruck zu entlasten, kehrt das Abitur nach Klasse 13 mit den neuen Oberschulen in der Fläche zurück. Die integrativ arbeitenden Oberschulen sind künftig die tragende Säule des Bildungssystems. Wir sorgen dafür, dass sie gut ausgestattet werden. Die Oberschulen schaffen mehr Durchlässigkeit im

System und bieten alle Abschlüsse an. Sie fußen auf dem Grundprinzip der Gesamtschule. Die einzelnen Schulen können eigenständige Programme entwickeln, mit denen die SchülerInnen auf unterschiedlichem Anforderungsniveau gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden. Als zweite Säule bleiben die acht Gymnasien bestehen. Sie führen nach der 12. Klasse zum Abitur. Das Zwei-Säulen-Modell schafft mehr Übersichtlichkeit des bisher völlig zerfaserten Schulsystems.

Auf unsere Initiative hin gehen die Förderzentren schrittweise in den allgemeinen Schulen auf. Dort gibt es künftig Zentren für unterstützende Pädagogik. Die Schulen sollen sich auf den Weg machen, damit behinderte Kinder möglichst weitgehend am Regelunterricht teilnehmen können. Wir machen außerdem potenziellen SchulabbrecherInnen ein innovatives Angebot: Um diesen Jugendlichen eine Perspektive zu eröffnen, richten wir die Werkschule ein. Sie ermöglicht den SchülerInnen einen an praktischen Fähigkeiten ausgerichteten Weg zum Abschluss.

Nach dem jahrelangen Hin und Her verschaffen wir den Schulen die Ruhe, sich inhaltlich weiterzuentwickeln. Davon profitieren Kinder und Eltern. Dafür waren wir Grünen bereit, mit der SPD und CDU den Schulkonsens zu unterzeichnen. Der parteiübergreifende Konsens kann keine 100-prozentige grüne Bildungsprogrammatische enthalten. Auch wenn wir nicht in allen Punkten mit dem Kompromiss glücklich sind: Schulentwicklung ist ein Prozess und funktioniert nicht von heute auf morgen. Der

Konsens garantiert für mindestens zehn Jahre, dass sich die Schulen um ihre qualitative Verbesserung kümmern können. Damit am Ende ein leistungsfähiges Schulsystem steht, müssen wir alle Beteiligten auf dem Weg dorthin mitnehmen.

Wir investieren erheblich in das Bremer Bildungssystem. Pro Schuljahr richten wir drei neue Ganztagschulen ein. Die Schulen haben wir von der Personaleinsparquote ausgenommen. Somit werden rund 1.000 neue LehrerInnen eingestellt. Aus dem Konjunkturprogramm legen wir über 23 Millionen Euro nachhaltig in Schulen an. Damit sanieren wir Schulgebäude und Turnhallen. Außerdem bringen wir naturwissenschaftliche Räume auf Vordermann und richten Mensen ein. Darüber hinaus sind allein für die Umsetzung der Schulreform in den kommenden zwei Jahren knapp 20 Millionen Euro veranschlagt.

Mehr Demokratie und Transparenz

Volksabstimmungen erleichtert

Nur ein einziges Volksbegehren war in den vergangenen 60 Jahren in Bremen erfolgreich. Es ist an der Zeit, den BürgerInnen mehr Macht zu geben. Ihre direkte Einflussnahme wird deutlich erleichtert. Mit der Reform gehört Bremen künftig in die Spitzengruppe jener Länder

mit den bürgerfreundlichsten Verfahren. Die Kernpunkte: InitiatorInnen von Volksbegehren benötigen künftig nur noch die Unterstützung von 5 statt 10 Prozent aller Wahlberechtigten. Das entspricht 24.000 statt 48.000 Unterschriften. Damit der Volksentscheid erfolgreich ist, reicht es fortan, wenn die Mehrheit der Abstimmenden insgesamt 20 statt bisher 25 Prozent aller Wahlberechtigten entspricht. Volksentscheide können zeitgleich mit regulären Wahlterminen stattfinden. Das erhöht erfahrungsgemäß die Beteiligung. Auch bei finanzwirksamen Entscheidungen räumen wir einen größeren Spielraum ein.

16-Jährige dürfen den Landtag mitwählen

Bremen lässt als erstes Bundesland Jugendliche ab 16 Jahren den Landtag mitwählen. Die entsprechende Gesetzesänderung hat im zuständigen Ausschuss bereits eine Mehrheit gefunden und soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Jugendliche sind von heutigen Entscheidungen der Politik am längsten betroffen. Darum sollen sie auch mitentscheiden und ihre Interessen geltend machen.

Stadtteilparlamente werden gestärkt

Um die Politik noch bürgernäher zu machen, stärken wir die Beiräte. Sie kennen die Sorgen und Wünsche der Menschen vor Ort. In einem ersten Schritt haben wir ihre Mittel um 33 Prozent aufgestockt. Jetzt folgt das neue

Beirätegesetz, das die Entscheidungs- und Mitspracherechte der Stadtteilparlamente ausweitet. In den jeweiligen Senatsressorts werden Stadtteilbudgets geschaffen. Über die Verwendung dieser Mittel können die Beiräte künftig ebenso mitentscheiden wie über ihre bisherigen Globalmittel. Ihre Stellungnahmen sind auch bei Fragen der Entwicklung von Schulen und Kindergärten sowie bei allen Anträgen an die Stiftung Wohnliche Stadt gewünscht. Zudem erhalten die Beiräte ein verbrieftes Informationsrecht gegenüber Fachressorts, Behörden und städtischen Gesellschaften.

Verschlossene Türen geöffnet und umfassende Information ermöglicht

Die Ausschüsse der Bremischen Bürgerschaft und die Deputationen tagen seit unserer Regierungsbeteiligung grundsätzlich öffentlich. Das kam einer kleinen Revolution gleich. Wir schaffen mehr Offenheit und Transparenz, damit Politik und Verwaltung für die BremerInnen anfassbarer werden. Mit dem bundesweit einmaligen und prämierten Bremer Informationsregister können sich die BürgerInnen jetzt sehr umfassend informieren. Mit dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz haben sie das Recht auf Auskünfte von Verwaltungen. Zugleich sieht das Gesetz die Veröffentlichungspflicht zahlreicher Dokumente vor. Dazu gehören u. a. Senatsbeschlüsse, Vorlagen und Beschlüsse öffentlicher Sitzungen, Gesetze, Verordnungen, Gutachten und Berichte.

Unkontrolliertes Dickicht der Bremer Gesellschaften gelichtet

Vor unserer Regierungsbeteiligung wurde in Bremen eine Vielzahl von Gesellschaften gegründet, die in privater Rechtsform staatliche Aufgaben übernehmen – von der Wirtschaftsförderung über die Immobilienverwaltung bis zu den Krankenhäusern. Der Krankenhauskandal, hohe Geschäftsführergehälter und explodierende Kosten haben die Fehlentwicklung und Mangel an Kontrolle mancher Gesellschaft offenkundig gemacht. Wir sind angetreten, um das zu ändern. Ein Beteiligungsbericht informiert jetzt über die Bremer Gesellschaften und schafft mehr Transparenz. Die ›Gesundheit Nord‹ wurde neu ausgerichtet. Die drei bisher eigenständigen Gesellschaften BIG, HVG und BMG werden zur ›Wirtschaftsförderung Bremen‹ verschmolzen. Das ermöglicht eine effiziente Wirtschaftsförderung und stärkere Kontrolle. Künftig reichen drei statt zuvor sechs GeschäftsführerInnen, was pro Jahr rund zwei Millionen Euro spart. Auch das Bremer Immobilien-Management wird günstiger und kundenfreundlicher. Bisher waren drei Gesellschaften für den Verkauf, die Vermietung und Instandhaltung zuständig. Folge: unklare Kompetenzabgrenzung, daraus entstehende Doppelarbeit und undeutliche Verantwortlichkeiten gegenüber den KundInnen. Um diese Mängel zu beseitigen, haben wir die GBI, GTM und FMB daher zur Anstalt für Immobilienaufgaben fusioniert.

Schlussstrich unter Rennbahn-Zuschüsse

Auf unsere Initiative soll Bremen die ›Jahrhundertverträge‹ mit dem Rennverein kündigen, um einen Schlussstrich unter die davongaloppierenden Kosten zu ziehen. Die Subventionen für den Rennsport belaufen sich Jahr für Jahr auf eine Million Euro. Für uns macht die Förderung des Rennvereins aus ökonomischer Sicht keinen Sinn. Die Rennbahn ist kein Touristenmagnet, wie die seit Jahren rückläufigen Besucherzahlen belegen. Für das Hobby weniger Leute sollten keine staatlichen Mittel in mehrstelliger Millionenhöhe ausgegeben werden. Dieses Geld wäre besser für Existenzgründungsinitiativen oder auch in die Förderung der Kreativwirtschaft angelegt.

Sonderrechte für Abgeordnete beseitigen

Wir haben eine Reform des Bremischen Abgeordneten-gesetzes auf den Weg gebracht. Demnach wird das Sterbegeld abgeschafft. Das Übergangsgeld in der bisherigen Form hat ausgedient. Nur für den Fall, dass nach dem Ausscheiden aus dem Parlament Einkommensverluste entstehen, soll es eine Übergangshilfe geben. Die Anrechnung anderer Einkünfte erfolgt von Anfang an. Auch die Sonderregelung, wonach Abgeordnete schon mit 59 Jahren die Altersentschädigung erhalten können, wird beseitigt. Abgeordnete erhalten ihre Altersversorgung künftig erst mit 65 Jahren. Die Abgeordneten sollen die Mög-

lichkeit erhalten, sich über eine gesetzliche Krankenkasse zu versichern.

Strukturwandel in Bremerhaven massiv unterstützt

Die Stadt Bremerhaven profitiert überproportional von den Investitionen des Landes Bremen. Während 2009 knapp 75 Millionen Euro in die Seestadt geflossen sind, werden es dieses Jahr fast 80 Millionen Euro sein. Das sind mehr als 25 Prozent des gesamten Investitionsvolumens, während in Bremerhaven 17 Prozent der Einwohner des Landes Bremen leben. Unberücksichtigt sind dabei die hohen Investitionen in die Hafen-Großprojekte, die auch der Seestadt zugutekommen – nachzulesen im ›Bericht zur Lage Bremerhavens‹, der jetzt regelmäßig veröffentlicht wird.

Wir treiben den Strukturwandel in Bremerhaven voran. Die Seestadt soll zum führenden Zentrum der Windkraft-Branche werden. Wir haben im Rahmen der Wirtschaftsförderung für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kräftigen Rückenwind gegeben. So haben wir knapp 15 Millionen Euro Investitionszuschüsse für drei Hersteller bewilligt, die Windenergie-Anlagen für den On- und Offshore-Bereich fertigen und Komponenten wie Rotorblätter



Frank Willmann

HALBZEIT

liefern. Diese Firmen investieren über 100 Millionen Euro in Bremerhaven und bieten zukunftsweisende Arbeitsplätze. Mit dem neuen Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) kann sich Bremerhaven als führender Standort für die Forschung und Entwicklung im Bereich der Offshore-Windenergie etablieren.

Für die maritime Forschungs- und Entwicklungsmeile haben wir 3,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit Mitteln des Landes und des europäischen Förderprogramms EFRE erfolgt der Ausbau des Centers für Windenergie und Meerestechnik (CWMT). Außerdem flankieren wir den Aufbau des Instituts für Marine Ressourcen (IMARE), das in Zusammenarbeit mit dem Alfred-Wegener-Institut und der Hochschule Bremerhaven technologische Anwendungen entwickeln und gemeinsam mit regionalen Unternehmen in Produkte umsetzen soll. Nicht zuletzt fördern wir die Einrichtung eines Forschungszentrums für Aquakulturforschung. Es bündelt die Kompetenzen im Bereich der nachhaltigen Fischzucht, wovon die Fischwirtschaft in Bremerhaven profitiert. Dafür stehen 1,8 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm zur Verfügung.

Aus dem Konjunkturpaket finanzieren wir auch die Ansiedlung der Institute für Fischereiökologie und Seefischerei. Ferner erhält das Alfred-Wegener-Institut daraus zwei Millionen Euro und auch die Hochschule Bremerhaven bekommt Mittel für die energetische Gebäudesanierung.

Für ein Bremen mit sozialem Fundament

Kinderbetreuung massiv ausgebaut

Alle bedürftigen Kita- und Hort-Kinder bekommen ein kostenloses Mittagessen. Wir bauen die Kinderbetreuung weiter aus. Allein in den Jahren 2008/2009 schaffen wir 110 mehr Vollzeitstellen und 100 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren. Für alle Kinder wird eine verlässliche Ferienbetreuung angeboten. Das erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Damit Kinder in benachteiligten Stadtteilen stärker gefördert werden, gibt es in den dortigen Kitas mehr Personal. Um behinderte, entwicklungsverzögerte und verhaltensauffällige Kinder intensiver zu fördern, stehen Schwerpunktkindergärten bereit. Dort werden besondere Kompetenzen gebündelt. Wir haben auch die sogenannte Großpflegestelle ermöglicht. Tagesmütter und -väter dürfen fortan fünf Kinder gleichzeitig auch in angemieteten, kindgerechten Räumen betreuen. Das schafft mehr Flexibilität. Davon profitieren darauf angewiesene Eltern. Nachdem der Bund die Steuerpflicht für Tagesmütter und -väter eingeführt hat, haben wir den Einkommensverlust durch eine deutliche Erhöhung der Bezahlung neu geregelt. Damit werden fast alle Tagesmütter und -väter bessergestellt.



Mustafa Kemal Öztürk

Die Kindergärten der Stadtgemeinde und von freien Trägern profitieren mit elf Millionen Euro vom Konjunkturpaket. Das Geld ermöglicht neue Räume, größere Spielplätze, energetische Gebäudesanierungen und leistungsfähigere Küchen. Insbesondere die Erweiterung der Küchen hat einen hohen Stellenwert. Denn durch das kostenlose Mittagessen nehmen jetzt deutlich mehr Kinder in der Kita eine Mahlzeit zu sich.



Horst Frehe

Mehr Qualifikation statt 1-Euro-Jobs

Wir wollen, dass langzeitarbeitslose Menschen in sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden. Deshalb sind die 1-Euro-Jobs verringert worden. Das Budget für Qualifizierungsmaßnahmen ist hingegen erhöht worden. Wir haben neue Mietobergrenzen für ALG-II- und Sozialhilfebeziehende beschlossen. Dadurch haben wir massenhafte Zwangsumzüge von Betroffenen verhindert. Die neuen Mietobergrenzen ermöglichen ihnen, auf über 70 Prozent der Wohnungen zurückzugreifen. Der Beschluss hat nicht nur deutliche Verbesserungen für Familien und Alleinstehende gebracht, sondern auch zuvor automatische Kürzungen bei Wohngemeinschaften von Singles zurückgenommen. Um der sozialen Ausgrenzung von hilfebedürftigen Kindern entgegenzu-

wirken, übernehmen die BAGIS und das Amt für Soziale Dienste die Kosten von Klassenfahrten in voller Höhe. Erstattet werden jetzt z. B. auch die Eintrittsgelder für Theaterbesuche und ÖPNV-Tickets.

Verbesserungen für behinderte Menschen

Behinderte Kinder erhalten künftig die Frühförderung in allen Kitas, in denen das möglich ist. Die Hilfe kommt fortan zum Kind und nicht umgekehrt. Dafür werden heilpädagogische und medizinisch-rehabilitative Maßnahmen in den Kita-Alltag eingebunden. Neben den Kitas sollen sich auch die Schulen auf den Weg zur Inklusion machen, damit behinderte Kinder möglichst weitgehend am Regelunterricht teilnehmen können. Die bisherigen Förderzentren gehen schrittweise in den allgemeinen Schulen auf. Wir haben die Kürzungen beim Fahrdienst für Behinderte zurückgenommen, damit die Teilhabe am öffentlichen Leben gewahrt bleibt. Als Service für behinderte TouristInnen haben wir einen Stadtführer mit der Übersicht über barrierefreie Angebote herausgebracht.

Umfassende Informationen für pflegebedürftige und alte BremerInnen

Um die Beratung und Betreuung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu verbessern, haben wir drei Pflegestützpunkte eingerichtet. Die Pflegestützpunkte in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven beraten und in-



Dirk Schmidtmann

formieren unabhängig rund um das Thema Pflege. Damit erhalten die Menschen eine wohnortnahe Beratung aus einer Hand, die sie in einer schwierigen Lebenssituation zielgenau unterstützt.

Damit betagte BremerInnen möglichst lange in ihrem eigenem Umfeld wohnen können, haben wir zwei Modellprojekte mit präventiven Hausbesuchen gestartet. Die Hausbesuche auf freiwilliger Basis dienen dazu, alten Menschen frühzeitig die erforderlichen Hilfen zu vermitteln. Dabei geht es um die Gesundheitsvorsorge, die Vermittlung sozialer Kontakte und ambulante Hilfen, nach dem Grundsatz: ambulante Hilfe vor Heimunterbringung.

Wir arbeiten derzeit an einem neuen Heimgesetz, das die Pflegequalität und die Transparenz stärkt. Wir regeln verbindlich, über wie viel Fachpersonal ein Pflegeheim verfügen muss. Diesen Mindest-Betreuungsstandard müssen die Heime dann auch am Wochenende und an Feiertagen gewährleisten. Die Prüfberichte der Heime sollen jährlich in einer auch für Laien verständlichen Sprache veröffentlicht werden. Das macht die Einrichtungen vergleichbar. Das hilft den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bei der Heimauswahl. Nicht zuletzt werden auch neue Wohnformen in das Gesetz aufgenommen. So wird z. B. das Service-Wohnen bei der Heimaufsicht anzeigepflichtig.

Bürgerfreundlicher Umweltschutz

Erhalt der gentechnikfreien Landwirtschaft, bessere Förderung für Ökolandbau

Die Bremer Landwirtschaft soll gentechnikfrei bleiben. Die gentechnikfreie Bewirtschaftung vermeidet nichtabschätzbare gesundheitliche und ökologische Risiken von transgenen Pflanzen. Zudem eröffnet sie wirtschaftliche Chancen im boomenden Biomarkt. Auf unsere Initiative hin haben schon etliche Landwirte eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich u. a., kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut einzusetzen. Wir haben auch erreicht, dass in den Pachtverträgen für die Grünlandflächen der Stadtgemeinde die gentechnikfreie Bewirtschaftung verankert ist.

Wir haben außerdem die Förderung der ökologischen Landwirtschaft verbessert. Wer von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft umsteigt, erhält in den ersten beiden Jahren nun 262 Euro pro Hektar Acker- und Grünland. Vorher lag der Fördersatz bei 137 Euro.



Karin Mathes

Baumschutz wird verbessert

Wir werden Bäume besser schützen: Laubbäume sollen bereits ab einem Umfang von 120 statt 150 Zentimetern geschützt werden. Bei bestimmten Sorten wie Eibe oder auch Rotdorn sind Kettensägen bereits ab 50 Zentimetern tabu. Außerdem spielt der Abstand zum Haus eine Rolle: Während der Baumschutz zuvor erst ab einem Abstand von fünf Metern gegriffen hat, soll er künftig bereits ab vier Metern zur Geltung kommen. Zudem soll das Fällverbot von März bis September wieder eingehalten werden. Die neue Verordnung soll ein vernünftiges Maß zwischen Baumschutz und Gartengestaltung gewährleisten.

Abwassergebühr gerecht und ökologisch

Ein Erfolg grüner Umweltpolitik ist die gesplittete Abwassergebühr. Sie ist gerechter und ökologischer als die bisherige Einheitsgebühr. Zukünftig bezahlen die BremerInnen je eine Gebühr für das Schmutzwasser und eine für das Regenwasser. Mehr Gerechtigkeit wird dadurch erreicht, dass ein Berechnungsfaktor die versiegelte Fläche ist. Das bedeutet: Eine Familie in einer Geschosswohnung bezahlt künftig weniger als ein Verbrauchermarkt mit großer Parkplatzfläche. Das war bislang anders.

Kein Zwang für Überflutungsschutz im Keller

Bei der Vorsorge gegen nasse Keller setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation mit langwierigen Gerichtsverfahren. HauseigentümerInnen werden nicht mehr gezwungen, zum Schutz der eigenen Keller vor Wassereintritt in Technik zu investieren. Wir vertrauen auf die Eigenverantwortung der BürgerInnen. Sie müssen allerdings mehr darüber aufgeklärt werden, warum der Überflutungsschutz angesichts zunehmend heftiger Wolkenbrüche im Zuge des Klimawandels gleichwohl sinnvoll ist.

Neues Konzept zur Rettung der Botanika

Wir wollen das ökologisch wertvolle Ensemble von Botanika, Botanischem Garten und Rhododendronpark als Naherholungsgebiet und touristische Attraktion möglichst erhalten. Die Botanika soll in eine Stiftung übertragen werden. Damit sie die laufenden Ausgaben finanzieren kann, soll ihr Stiftungskapital zehn Millionen Euro betragen – über den Verkauf städtischer Grundstücke und private Spenden. Die Botanika soll der Universität, der Hochschule und den Schulen künftig zum Forschen und Lernen zur Verfügung stehen. Das ermöglicht, Drittmittel auf nationaler und europäischer Ebene einzuwerben.

Waller Fleet wird Naherholungsgebiet

Der Verfall des Kleingartengebiets am Waller Fleet wird auf grüne Initiative gestoppt. Die Große Koalition hatte zwar die Räumung der Kaisenhäuser durchgesetzt, sich aber nie um die Aufwertung zum Naherholungsgebiet gekümmert. Wir haben durchgesetzt, dass Teilbereiche des 200 Hektar großen Areals renaturiert und damit ökologisch aufgewertet werden. Der Bremer Westen braucht ein kinderfreundliches Naherholungsgebiet. Ein Arbeitskreis aller relevanten Gruppen erarbeitet nun die Details.

Blühendes Kleingartenwesen erwünscht

Damit mehr junge Familien mit Kindern die Kleingärten nutzen, werden rigide Vorschriften liberalisiert. So wird beispielsweise das Verbot von WCs in den Gartenlauben aufgehoben. Damit Kleingartengebiete nicht unansehnlich werden, unterstützen wir die EigentümerInnen von leerstehenden Lauben bei Aufräumarbeiten oder auch beim Abriss. Dafür stehen allein in diesem Jahr 50.000 Euro bereit. Außerdem brauchen die Vereine für Gärten, die länger als zwei Jahre ungenutzt sind, keine Pacht mehr an die Stadt abführen.

Neue Bestattungsformen zugelassen

Um auf die veränderten Wünsche der Menschen einzugehen, lassen wir neue Bestattungsformen zu. Auf den Bre-

mer Friedhöfen werden z. B. Baumfelder angelegt. Wer das wünscht, kann sich unter diesen Bäumen beisetzen lassen. Muslime können sich nun in Leichentüchern bestatten lassen, wie es ihre Tradition vorschreibt.

Verbraucherschutz verbessert

Der Staat muss die BürgerInnen durch Kontrollen vor Gesundheitsgefahren, Täuschungen und anderem Marktversagen schützen. So sind Einfuhrkontrollen nötig, damit über die bremischen Häfen z. B. keine giftigen Lebensmittel auf dem Tisch der VerbraucherInnen landen. Neben die staatliche Kontrolle stellen wir die objektive Aufklärung als Grundpfeiler eines wirksamen Verbraucherschutzes. Nur wer gut informiert ist, hat eine echte Wahlfreiheit. Die Finanzmarktkrise etwa hat gezeigt, dass die unzureichende Beratung durch Banken selbst Teil der Krise ist. Wir haben deshalb die Mittel der Bremer Verbraucherzentrale aufgestockt, damit sie BremerInnen unabhängig und seriös über Finanzdienstleistungen beraten kann.

Je besser die VerbraucherInnen informiert sind, desto selbstbestimmter können sie auf dem Markt wählen. Beispiel Lebensmittel: Was drin ist, muss auch draufstehen. Die Ampelkennzeichnung macht den Gesundheitswert eines Lebensmittels auf einen Blick deutlich. Dafür hat sich Bremen auf unsere Initiative hin im Bundesrat eingesetzt. Ebenso wie gegen aggressives Telefonmarketing, bei dem gerade ältere Menschen verantwortungslos über den Tisch gezogen werden. Wir haben uns dafür stark

gemacht, dass aus Werbeanrufen resultierende Verträge der schriftlichen Bestätigung der VerbraucherInnen bedürfen.

Verbandsklage für Tierschutz eingeführt

Tierschutz ist für uns kein bloßes Lippenbekenntnis. Mit unserer Regierungsbeteiligung hat Bremen als erstes Bundesland das Verbandsklagerecht für TierschützerInnen eingeführt. Anerkannte Tierschutzverbände können behördliche Maßnahmen nun erstmals gerichtlich überprüfen lassen. Stellt das Gericht fest, dass die Behörde gegen das Tierschutzrecht verstoßen hat, muss sie das bei künftigen Entscheidungen zu Gunsten der Tiere berücksichtigen.

Verbesserung von Studium und Lehre

Bremen benötigt das kreative Potenzial der Hochschulen und gut ausgebildete AbsolventInnen, um den Strukturwandel und Fachkräftemangel zu bewältigen. Um die Studienbedingungen und die Lehre zu verbessern, haben wir den Hochschulen 2008/09 zusätzlich 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das wollen wir verstetigen. Zum Vergleich: Der Bund gibt für sein Programm ›Gute Lehre‹ deutschlandweit 10 Millionen Euro aus. Die Hochschulen im Land Bremen können mit den zusätzlichen Mitteln vor allem die Betreuung der Studierenden verbessern – durch neue Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen, Lehrbeauftragte und TutorInnen. Um den Anteil von Frauen in der Wissenschaft zu erhöhen, soll möglichst die Hälfte der Stellen mit Bewerberinnen besetzt werden. Ferner dienen die Mittel dazu, den Studienerfolg von Menschen aus Zuwandererfamilien zu fördern.

Wir wollen, dass mehr junge Menschen an die Hochschulen gehen und eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung machen können. Angesichts des demographischen Wandels und Fachkräftemangels kann es Bremen nicht leisten, auf qualifizierten Nachwuchs zu verzichten. Deshalb erleichtern wir beispielsweise das Studi-



Silvia Schön

um ohne Abitur. Mit dem Meistertitel ist künftig die allgemeine Hochschulreife verbunden. Wer indes eine mindestens zweijährige Ausbildung und drei Jahre Berufserfahrung hat, erhält die fachgebundene Hochschulreife. Die entsprechende Gesetzesnovelle ist in Vorbereitung.

Wir haben außerdem einen Darlehensfonds eingerichtet, der in Not geratene Studierende unterstützt. Eine finanzielle Notsituation von jungen Menschen darf nicht dazu führen, dass sie ihr Studium gleich wieder abbrechen müssen. Zumal von finanziellen Engpässen insbesondere Studierende mit Kindern betroffen sind. Nicht zuletzt halten wir am kostenlosen Erststudium fest. Für Studiengebühren sind wir nicht zu haben. Der Geldbeutel von Eltern darf nicht darüber entscheiden, ob ein kluger Kopf studieren kann oder nicht.

Wir haben den Hochschulen für die energetische Gebäudesanierung 8,7 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket bereitgestellt. Das Energiesparen entlastet sie auf Dauer von Kosten. Das dadurch gesparte Geld kann für andere Investitionen verwendet werden. Wir haben den Hochschulen außerdem zusätzliche Mittel gegeben, damit sie die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst abmildern können.

Kräftiger Schub für Wissenschafts- und Forschungsstandort

Mit grüner Regierungsbeteiligung werden die Fördermittel aus dem Europäischen Strukturfonds (EFRE) und die

Kofinanzierung des Landes vor allem für Wissenschaft und Forschung genutzt, um nachhaltige Effekte für den Strukturwandel und die Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Bremen erhält bis 2013 aus dem EFRE-Programm insgesamt 142 Millionen Euro. Neben der Überseestadt und der Landesinitiative zum Arbeits- und Gesundheitsschutz kommen diese Mittel hauptsächlich dem Wissenschafts- und Technologiestandort zugute. Bremen unterstützt beispielsweise die Ansiedlung des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) in Bremerhaven. Das verbessert die Chancen der Seestadt, sich als Top-Standort für die Offshore-Windkraftbranche zu etablieren. Ferner wird die Gründung des Instituts für Marine Ressourcen (IMARE) finanziert. Das IMARE erforscht und entwickelt Produkte für die maritime Wirtschaft. In Bremen wird das Bremer Technologie-Centrum (BRE-TEC) aufgebaut, das mit seinen Forschungen den Technologietransfer im Luftfahrzeugbau fördert. Zudem erfolgt der Aufbau des Instituts für Raumfahrtsysteme. Im geförderten Cluster »Multifunktionelle Materialien und Technologien« kooperieren indes Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen, um innovative Materialien für die Luft- und Raumfahrt, die Energiegewinnung oder auch die Medizintechnik zu entwickeln. Die Eingliederung der gemeinnützigen MeVis Research GmbH in die Fraunhofer-Gesellschaft wird ebenfalls mitfinanziert. MeVis Research entwickelt Software zur bildbasierten medizinischen Diagnostik, mit der u. a. die Behandlung von Tumorerkrankungen verbessert wird.

Bildungsurlaub wird erleichtert

Das Wissen entwickelt sich heute rasend schnell weiter. Eine Ausbildung oder ein Hochschulabschluss reicht nicht mehr fürs ganze Leben. Damit sich mehr Menschen leichter weiterbilden können, reformieren wir das Bremische Bildungsurlaubsgesetz. BremerInnen müssen ihre fünf Bildungsurlaubstage pro Jahr nicht mehr auf einen Schlag nehmen. Sie können ihren Anspruch künftig stückeln. Er gilt dann z. B. auch für ein Tagesseminar. Das erleichtert gerade MitarbeiterInnen kleinerer Betriebe, sich weiterzubilden. Außerdem sollen private Bildungsanbieter zugelassen werden, damit jedeR ein passendes Angebot findet.

Gesundheitsschutz erhöht

Wohnortnahe Versorgung in Kliniken erhalten

Damit die Menschen weiterhin wohnortnah in den vier Bremer Krankenhäusern medizinische Hilfe erhalten, sanieren wir den Klinikverbund ›Gesundheit Nord‹ (GeNo). Im Kern sieht das Konzept vor, den Geburtsfehler des Klinikverbundes zu heilen. Der Fehler der Großen Koalition war, den Verbund mit Schulden starten zu lassen. Die GeNo erhält 70 Millionen Euro, um die Pensionslasten und das strukturelle Defizit am Klinikum Bremen-Mitte (KBM) zu schultern. Zum schmerzlichen Teil der Operation gehört der Abbau von 860 Stellen bis zum Jahr 2015. Der einvernehmlich abgeschlossene Tarifvertrag ermöglicht indes den flexiblen Einsatz der Beschäftigten innerhalb des Klinikverbunds. Wir sichern zudem die notwendigen Investitionen für den Neubau am KBM ab. Der Neubau soll auf Dauer zu mehr Wirtschaftlichkeit führen. Außerdem setzen wir in den vier Krankenhäusern medizinische Schwerpunkte, um künftig Doppelarbeit zu vermeiden.



Doris Hoch

Mehr Schutz für NichtraucherInnen

Die meisten Menschen rauchen nicht. Ihren Schutz haben wir verbessert. Unter anderem in Gaststätten, Restaurants und Cafés dürfen NichtraucherInnen nicht mehr durch das gesundheitsschädliche Nikotin gefährdet werden. Rauchen ist dort allenfalls noch in abgetrennten Räumen möglich. Aus Einkaufspassagen und Einkaufszentren haben wir die Glimmstängel ebenfalls verbannt. In kleinen Einraumkneipen bis 75 Quadratmeter darf weiterhin geraucht werden, weil die Wirte sonst einen unzulässigen Wettbewerbsnachteil hätten.

Frauen in Führungspositionen

Wir treiben die Gleichstellung von Frauen voran. Mit uns sind Leitungspositionen durch weibliche Führungskräfte besetzt worden – z. B. die Geschäftsführung der Brepark, die Direktion der Landesmedienanstalt, die Position der Landesdatenschutzbeauftragten, die Leitung des Finanzamts Bremen-Nord oder auch Abteilungsleitungsstellen in der Verwaltung. Wir haben zudem das Landesgleichstellungsgesetz auf die Bremer Gesellschaften ausgeweitet. Auch sie müssen nun Frauenförderpläne aufstellen, bei gleicher Eignung Bewerberinnen bevorzugt einstellen und die Ausbildungsplätze quotieren. Gleichwohl ist die Chancengleichheit von Frauen noch längst nicht erreicht. So sind Frauen etwa auf dem Arbeitsmarkt immer noch

HALBZEIT

benachteiligt, obwohl sie oft die besseren Schulabschlüsse vorweisen können. Frauen verdienen im Bundesland Bremen im Schnitt 24 Prozent weniger als Männer, auch weil viele im Niedriglohnbereich beschäftigt sind. Dem wollen wir mit den Arbeitsmarktprogrammen entgegenwirken. Wir verbessern deshalb u. a. das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP). Zwar weist das zentrale Teilprogramm ›Bremer Fachkräfteinitiative‹ eine Frauenquote von 57 Prozent auf. Allerdings wurden die Teilnehmerinnen bisher vor allem für klassische Frauenberufe qualifiziert. Das ändern wir: Frauen sollen auch in gut bezahlten Männerdomänen erwerbstätig werden können. Zudem legen wir ein Chancengleichheitsprogramm auf, das Frauen in Führungspositionen bringen und ihnen mehr Chancen in zukunftsweisenden Berufen der IT- oder auch Umweltbranche eröffnen soll.



Björn Fecker

Unterstützung für den Sport

Der Bremer Sport kann auf unsere verlässliche Unterstützung zählen. Schließlich leistet der Sport einen enorm wichtigen Beitrag zur Gesundheitsprävention, zur sozialen Integration und zur Überwindung von Vorurteilen. Erstmals seit Jahren stehen die Übungsleiterzuschüsse nicht mehr in Kürzungslisten.

Die SportlerInnen benötigen intakte Sportstätten. Wir haben die Sanierungsmittel für Sportanlagen deutlich erhöht. Während vor unserem Regierungsantritt rund 800.000 Euro dafür vorgesehen waren, stellen wir dafür jährlich ca. anderthalb Millionen Euro bereit. Bei der Mittelvergabe werden die unterschiedlichsten Belange des Sports berücksichtigt. So werden damit z. B. Kunstrasenplätze oder Sporthallen gebaut. Auch beim Konjunkturprogramm gehören die Sportvereine zu den Gewinnern. Mit dem Geld werden Turnhallen und das Osterdeich-Bad energetisch saniert sowie städtische Sportstätten auf Vordermann gebracht. Außerdem schaffen wir jetzt endlich einen Ausgleich für den Wegfall der Leichtathletik-Anlage im Weserstadion. Dafür wird die Sportanlage Obervieland zur wettkampffähigen 8-Bahn-Anlage ausgebaut. Ferner haben wir die Bremer Bäder-Gesellschaft auf finanziell gesunde Beine gestellt.

Bürgernahe Dienstleistungen und Sicherheit gestärkt

Wir haben im Stadtamt eine Situation geerbt, die zu Lasten der BürgerInnen geht. Ob lange Wartezeiten in der Kfz-Zulassungsstelle oder unbearbeitete Aktenberge im Ausländeramt – diese Probleme packen wir an, um schnellstmöglich einen besseren Bürgerservice zu erreichen. Um die Rückstände aufzuarbeiten und Servicedefizite zu überwinden, haben wir die Personalstärke im Stadtamt erhöht. Erste Verbesserungen sind erreicht: Die Rückstände in der Ausländerbehörde sind zum Teil abgearbeitet. Dort haben wir auch die schlimmsten Misstände beseitigt. So muss sich niemand mehr mitten in der Nacht anstellen, um ausländerrechtliche Angelegenheiten auch wirklich am selben Tag vortragen zu können. Das Stadtamt hat bis zur Jahresmitte eine Frist, um die organisatorischen Probleme in der Zulassungsstelle zu beheben. Außerdem haben wir die beiden Bremer Zulassungsbezirke zusammengelegt. Zuvor war bei einem Umzug zwischen Bremen und Bremen-Nord ein Kennzeichenwechsel nötig. Diesen kostspieligen Schildbürgerstreich haben wir beendet.

Uns liegt die Sicherheit der BremerInnen am Herzen. Deshalb haben wir die Polizei von Personaleinsparungen ausgenommen. Wir bilden pro Jahr 100 neue PolizistInnen aus. Das sind fast drei Mal so viele wie in der Ägide des ehemaligen CDU-Innensenators Röwekamp. Wir haben die

Diskomeile mit einer Waffenverbotszone und vielen Kontrollen beruhigt. Das Waffenverbot in Schulen haben wir gesetzlich verankert. Mit dem ressortübergreifenden Konzept ›Stopp der Jugendgewalt‹ intensivieren wir die Präventionsansätze. Und damit jugendliche TäterInnen gar nicht erst in die Kriminalität abrutschen, müssen sie rasch die Folgen ihres Handelns vor Augen geführt bekommen. Um die Verfahren zu beschleunigen, haben wir die Jugendgerichte personell verstärkt. Um den Jugendschutz voranzutreiben und Alkoholexzessen vorzubeugen, sind ›Flatrate-Partys‹ verboten worden.

Unsere Innenpolitik weist Datenjäger und Dauerüberwacher in ihre Grenzen. So haben wir z. B. die automatisierte Kfz-Kennzeichenerfassung aus dem Polizeigesetz gestrichen.

Von Ausgrenzung zu Integration und Anerkennung

Mit grüner Regierungsbeteiligung vollzieht Bremen einen Perspektivwechsel in der Integrationspolitik. Er wird im neuen Bremer Integrationskonzept sichtbar. Statt Menschen anderer Herkunft auszugrenzen, setzen wir auf Integration als beiderseitigen Prozess. Mit uns zählt Bremen auf die Fähigkeiten von MigrantInnen und ihre Beiträge für das Gemeinwesen. Als erstes haben wir die menschenunwürdigen Zustände in der Ausländerbehörde der Röwekamp-Ära beseitigt. Die Menschen müssen sich dort nicht mehr nachts in lange Warteschlangen vor der Tür einreihen. Mit Erlassen haben wir dafür gesorgt, dass das personell verstärkte Ausländeramt nun die Ermessensspielräume bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen ausschöpft. Die frühere Praxis von Kettenduldungen soll minimiert werden. Denn mit diesem Status dürfen die Betroffenen weder arbeiten noch eine Ausbildung machen. Ein besserer Aufenthaltsstatus eröffnet Chancen für die Integration und entlastet den Haushalt. Über 700 Menschen konnten ihre Kettenduldungen mittlerweile in Aufenthaltserlaubnisse umwandeln. Wir haben ferner dafür gesorgt, dass in der Härtefallkommission des Landes Bre-



Zahra Mohammadzadeh

men nun auch Flüchtlingsorganisationen vertreten sind. Aus humanitären Gründen schaffen wir für papierlose Menschen eine Anlaufstelle, damit ihnen der öffentliche Gesundheitsdienst besser zugänglich wird.

Wir berücksichtigen die Belange von Migrationsfamilien. So können sich z. B. Muslime, die hier ihre zweite Heimat gefunden haben, jetzt traditionsgemäß in Leichtenbüchern bestatten lassen. Bremen soll auf unseren Vorstoß hin die rund 2.500 MigrantInnen-Unternehmen besser fördern, schließlich ist die Selbstständigkeit für zugewanderte Menschen eine Chance für ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration. Wir haben auch eine Initiative gestartet, um mehr MigrantInnen fürs Lehramt und für soziale Berufe zu gewinnen. Ein Drittel der Bremer GrundschülerInnen hat einen Migrationshintergrund. LehrerInnen mit Migrationshintergrund hätten für sie eine Vorbildfunktion. Sie zeigen den Kindern: Auch ihr könnt es in dieser Gesellschaft schaffen.

Wir wollen den Islam einbürgern, immerhin liegt der Bevölkerungsanteil von MuslimInnen in Bremen bei rund zehn Prozent. In unseren ›Leitlinien zur Islampolitik‹ sprechen wir uns für die Gleichbehandlung des Islam mit der evangelischen und katholischen Kirche aus. Unser Ziel ist der Abschluss eines Staatsvertrags mit der islamischen Religionsgemeinschaft Schura. Wir fordern die Ausbildung von Imamen an hiesigen Hochschulen sowie die interkulturelle Öffnung insbesondere von Schulen, Kitas und Unis. Von den MuslimInnen erwarten wir, dass sie sich mehr am gesellschaftlichen Leben einbringen.

Mit Bundesratsinitiativen setzen wir uns für eine bessere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen ein, damit die Talente von MigrantInnen angesichts des drohenden Fachkräftemangels nicht länger vergeudet werden. In der Länderkammer wollen wir auch die Abschaffung des sogenannten Optionszwangs erreichen. Es ist für die Integration kontraproduktiv, wenn junge Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft sich mit 23 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen.

Gemeinsamer Religionsunterricht für alle

Das Fach ‚Biblischer Geschichtsunterricht‘ befindet sich einem desolaten Zustand: Nicht mal 20 Prozent der SchülerInnen belegen das Fach, dessen Inhalte recht schemenhaft sind.

Außerdem wird das Fach nach Maßgabe der Landesverfassung auf ›allgemein christlicher Grundlage‹ erteilt. Das schließt den jüdischen Glauben und den Islam aus. Dabei sollten aus grüner Sicht alle Religionen gleichbehandelt werden. Das ist auch ein Gebot der Gleichberechtigung aller SchülerInnen. Immerhin haben schon heute über ein Drittel der Bremer GrundschülerInnen einen Migrationshintergrund. Gleichbehandlung und Achtung sind die Vor-



Hermann Kuhn

aussetzung für gelingende Integration. Wir haben deshalb die Initiative für ein neues Fach gestartet. Das Ziel: ein für alle SchülerInnen gemeinsam verbindlicher Unterricht über die großen Weltreligionen. Denn die Jugendlichen sollen nicht übereinander, sondern miteinander reden. Sie lernen dabei die Vielfalt der Religionen kennen, können Vorbehalte abbauen und erweitern ihr Wissen.



Karin Krusche

Für eine moderne Stadtentwicklung

Osterholzer Feldmark bleibt erhalten

Die Bebauung der Osterholzer Feldmark ist für lange Zeit vom Tisch. Sie bleibt als wertvolle Kulturlandschaft erhalten. Wir haben die überdimensionierte Fehlplanung der Großen Koalition gestoppt. Schließlich raten aktuell selbst die Gewos-Gutachter von der Bebauung ab, weil sie keine Nachfrage dafür sehen. Statt auf das wahllose Zubetonieren großer Flächen am Stadtrand setzen wir darauf, die veränderten Ansprüche der unterschiedlichsten Gruppen zielgenau zu decken. Bremen braucht einen Mix attraktiver, urbaner Wohnstandorte. An Hand des nun vorliegenden Gutachtens zur Entwicklung des Bremer Wohnungsmarktes entwickeln

wir ein passgenaues Konzept. Wir wollen das Entwicklungspotenzial des citynahen Stephaniquartiers nutzen. In besonders nachgefragten Stadtteilen müssen schnellstmöglich die Baulücken mit einem bedarfsgerechten Angebot geschlossen werden. Wir brauchen mehr Gemeinschaftswohnformen. Und wir wollen die Wohnungsbaunternehmen beim Umbau des Altbestands unterstützen, um den vielfältigen Wünschen der Menschen gerecht zu werden und Leerstände zu vermeiden. Außerdem muss bezahlbarer Wohnraum für benachteiligte BremerInnen gewährleistet bleiben.

Ökologische und soziale Wohnraumförderung

Bei der Wohnraumförderung unterstützen wir gezielt ökologisch und sozial sinnvolle Projekte in Bremen und Bremerhaven. Mit unserer Regierungsbeteiligung stehen die Modernisierung des Bestands und die Verdichtung von Baulücken im Mittelpunkt. Letzteres vermeidet sinnlosen Flächenverbrauch und schont so die Umwelt. Die Förderung dient z. B. dazu, den Energieverbrauch alter Wohnanlagen um mehr als die Hälfte zu senken. Und das Förderprogramm ermöglicht mehr barrierefreien Wohnraum.

Mehr Verkehrssicherheit am Tiefer/Altenwall

Der Bereich am Tiefer/Altenwall wird ab Sommer umgestaltet. Wir schaffen mehr Sicherheit für RadfahrerInnen

und FußgängerInnen. So wird u. a. der kombinierte Rad- und Fußweg auf der Weserseite verbreitert und die Lücke im Radweg auf der Stadtseite geschlossen. Die bisher ampelfreie Abbiegespur vom Altenwall in den Tiefer verschwindet. Dafür entsteht eine Vollampel-Kreuzung. Das entschärft den bisherigen Unfallschwerpunkt.

Brill-Kreuzung: Verbesserung für FußgängerInnen und RadlerInnen

Neben dem Bebauungsstopp für die Osterholzer Feldmark korrigieren wir auch mit der Schließung des Brilltunnels eine stadtplanerische Sünde. Der Brilltunnel ist das unansehnliche Relikt einer Stadtplanung, die die Menschen unter die Erde verbannt und nur an den motorisierten Verkehr gedacht hat. Der Tunnel wurde kaum noch genutzt, während Bremen jährlich den teuren Unterhalt schultern musste. Der Rückbau von Tunnelzugängen und Lüftungsanlagen schafft Platz für die attraktive Umgestaltung der Brill-Kreuzung. Dabei müssen die Belange von FußgängerInnen und RadfahrerInnen stärker berücksichtigt werden. Die bessere Verkehrsgestaltung am Brill verbessert zugleich die Anbindung zwischen Innenstadt und Stephani-quartier, das sich endlich im Um- und Aufbruch befindet.

Vielfältiges Kulturleben gefördert

Grüne lassen Breminale nicht im Regen stehen

Nachdem die Breminale wegen mangelnder Unterstützung des damals CDU-geführten Kulturressorts ins Wasser gefallen war, findet das beliebte Freiluft-Festival an der Weser dank grüner Beharrlichkeit jetzt wieder regelmäßig statt. Mit einem neuen Finanzierungskonzept haben wir den Grundstein gelegt, damit die BremerInnen auch künftig Musik umsonst und unter freiem Himmel erleben können.

Potenzial der Kulturwirtschaft auf die Tagesordnung gebracht

Kreativbranchen wie Software-Entwicklung, Design oder auch Medien sind ein bedeutender Faktor für wirtschaftliche Entwicklung. Sie sind Impulsgeber für Innovationen in anderen Wirtschaftszweigen. Wir lassen erstmals einen Kulturwirtschaftsbericht erstellen, damit das Potenzial der hiesigen Kreativwirtschaft sichtbar wird. Unternehmer, Kulturschaffende und Verwaltung sitzen nun an einem Tisch. Diese Vernetzung kann weitere ökonomische Stärken freisetzen. Wir wollen die Kreativen am Ende dieses Prozesses zielgenau unterstützen und ihr Potenzial besser nutzen.

Verlässliche Unterstützung für freie Szene

Die freie Kulturszene kann auf unsere verlässliche Unterstützung zählen. Gerade die zahlreichen kleinen Projekte tragen zu einem vielfältigen Kulturleben in unserer Stadt bei. Damit sie Planungssicherheit haben, werden die Einnahmen aus Lotto-Mitteln jetzt bereits zu Jahresbeginn verteilt.

Historische Verantwortung anerkennen

In den städtischen Kunstsammlungen Böttcherstraße befinden sich drei Werke aus der ehemaligen Sammlung des jüdischen Industriellen Ottmar Strauß. Er musste seine Kunstsammlung während des Nationalsozialismus verfolungsbedingt versteigern, um die sogenannte ›Reichsfluchtsteuer‹ bezahlen zu können. Zwischen dem Erben Ulrich Strauß und den Kunstsammlungen zeichnet sich eine einvernehmliche Lösung zum Ankauf der Werke ab. Völlig unklar ist hingegen, ob künftig andere Bremer Museen von Restitutionsansprüchen jüdischer Alt-Eigentümer betroffen sein werden. Denn bei vielen Kunstwerken ist längst nicht erforscht, ob sie in der Nazi-Zeit unrechtmäßig in die Sammlungen gelangt sind. Um die Herkunft zweifelsfrei klären zu lassen, mangelt es dem Haushaltsnotlageland Bremen an Mitteln. Für uns ist allerdings klar: Das Bremer Gemeinwesen muss sich seiner historischen Verantwortung stellen. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung eines Fonds ein, der zwei Aufgaben erfüllen

soll: Zum einen soll er weitere Nachforschungen ermöglichen, zum anderen auf Wunsch der Erben dem Rückkauf von unrechtmäßig angeeigneten Kunstwerken aus ehemals jüdischem Eigentum dienen. Neben der Stadt sollen sich daran auch Unternehmen, Kunstmäzene und BürgerInnen beteiligen, denen das ein Anliegen ist.

Für Vielfalt und Toleranz

Wir treiben die Gleichstellung von Lesben und Schwulen voran. So hat Bremen als erstes Bundesland eingetragene Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht der Ehe gleichgestellt. Sie bekommen jetzt ebenso wie Verheiratete den Familienzuschlag und die Hinterbliebenenversorgung. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften erhalten zudem in der Landesverfassung denselben Anspruch auf Schutz und Förderung wie Familien. Wir machen auch über den Bundesrat Druck, damit die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften vorankommt. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten – nur das ist fair.

Wir haben uns beispielsweise dafür eingesetzt, dass homosexuelle Paare auch in punkto Einkommensteuer die gleichen Rechte wie Eheleute erhalten. Das ist jedoch an der Unionsmehrheit gescheitert. In der Länderkammer



Klaus Möhle

kämpfen wir zudem für das gemeinsame Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren, damit ihre Kinder aus früheren Beziehungen rechtlich und finanziell besser abgesichert werden. Um passgenaue Verbesserungen für Lesben und Schwule in Bremen zu erreichen, wird auf unsere Initiative hin erstmals ein Bericht zu ihrer Lebenssituation erstellt. Er soll u. a. aufzeigen, ob ihre Belange bei der Gesundheitsversorgung oder auch in der Altenhilfe genügend berücksichtigt werden.

Rückenwind für nachhaltiges Wirtschaften

Windkraft: Investitionen in zukunftstaugliche Arbeitsplätze

Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze. Erneuerbare Energien und eine effiziente Energietechnik sichern und schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Nachhaltiges Wirtschaften zahlt sich aus, wie die boomende Windkraftbranche zeigt. Sie ist ein Motor für den Strukturwandel und schafft zukunftstaugliche Arbeitsplätze. Damit sich Bremerhaven zum führenden Windkraftstandort entwickelt, investieren wir in gute Rahmenbedingungen. So hat Bremen jetzt die Luneplate von Niedersachsen gekauft, um der Windkraftbranche dort mittelfristig einen weiteren

Standort anbieten zu können. Schon heute können die Offshore-Unternehmen die Bremer und Bremerhavener Potenziale in Bereichen wie der Material- und Meeresforschung sowie der Stahlerzeugung optimal nutzen. Diese Vernetzung von Forschung und Wirtschaft haben wir weiter ausgebaut.

Transparente Wirtschaftsförderung statt Subventionitis

Wir haben die Wirtschaftsförderung auf Darlehensbasis umgestellt, um nachhaltige Effekte zu erzielen und Subventionsjäger zu stoppen. Das hat sich bewährt. Allein im Vorjahr wurden mit Darlehen 11 Millionen Euro und 7 Millionen Euro Investitionszuschüssen insgesamt 133 Millionen Euro an Unternehmensinvestitionen erreicht.

Wir machen die Wirtschaftsförderung zudem schlagkräftiger. Die BIG, HVG und BMG werden zur Jahresmitte in der neuen Gesellschaft ›Wirtschaftsförderung Bremen (WFB)‹ verschmolzen. Die Fusion der Gesellschaften, die sich unter der Großen Koalition zu kleinen Königreichen entwickelt hatten, schafft mehr Transparenz, mehr Kontrolle und spart voraussichtlich Kosten in Höhe von ca. 2 Millionen Euro jährlich. Die Aufgaben im Bereich der Gründungs- und Investitionsförderung werden indes der Bremer Aufbau-Bank übertragen.

Wir haben außerdem die Weichen gestellt, damit selbstständige MigrantInnen gezielt gestärkt und als wirtschaftlicher Faktor dauerhaft gewonnen werden. Die rund

2.500 Unternehmen von MigrantInnen tragen in Bremen erheblich zum Steueraufkommen bei. Wir wollen, dass ExistenzgründerInnen mit Migrationshintergrund gerade während der Konsolidierungs- und Wachstumsphase verstärkt beraten werden. Sie sollen durch gezielte Ansprache einen besseren Zugang zu den Programmen der Wirtschaftsförderung erhalten.

Wir wollen auch das Potenzial der Kreativbranche besser nutzen. Deshalb wird auf unsere Initiative erstmals ein Kulturwirtschaftsbericht erstellt, der die Wirtschaftskraft und die Bedürfnisse der hiesigen Kreativen aufzeigen soll. Der Bericht dient dazu, passgenaue Initiativen zu entwickeln.

Investitionen in Infrastruktur

Die Investitionen für die Wirtschaft machen im Haushalt immer noch den Löwenanteil aus. Damit Unternehmen sich für den Verbleib oder die Ansiedlung im Land Bremen entscheiden, sorgen wir für eine leistungsfähige Infrastruktur. Wir investieren in die Häfen und setzen uns beim Bund für ihre bessere Hinterlandanbindung ein. Wir wollen den Autobahnring um Bremen schließen. Das nützt der Wirtschaft und entlastet gleichzeitig die Menschen in der Neustadt vom Verkehr. Damit die Stadtautobahn aber anwohnerverträglich verläuft, wollen wir den Bund davon überzeugen, den 5. Bauabschnitt früher zu bauen und unter dem Flughafen hindurch zur A 1 zu führen.

Wirtschaftskrise verschärft Bremer Haushaltsnotlage

Wir haben in der Haushaltspolitik ein schweres Erbe angetreten. Viel Geld und viel Glaubwürdigkeit waren verlorengegangen. Wir sind noch beim Aufräumen. Wir haben Licht in die Vergangenheit der Schattenhaushalte gebracht, die Transparenz bei unseren Beteiligungen erhöht. Wir sanieren Schritt für Schritt die Eigenbetriebe und schaffen die Voraussetzungen zur Beseitigung von Altlasten (Stichwort Rennbahn). Wir sind angetreten, die Bremer Eigenanstrengungen zur Konsolidierung des Haushalts fortzuführen und zugleich deutliche Schwerpunkte für den sozialen Zusammenhalt wie für Bildung und Wissenschaft zu setzen. Das ist uns zunächst gelungen. Die Notlage und unsere Sparanstrengungen sind von den anderen Ländern und dem Bund anerkannt worden: Ohne die Zinslast für den Altschuldenberg von 15 Mrd. Euro wären die Einnahmen und Ausgaben im ersten Regierungsjahr aufgrund einer soliden Finanzpolitik ausgeglichen gewesen.

Bremen wird nun nach den Vereinbarungen mit Bund und Ländern neun Jahre 300 Millionen Euro Zinsbeihilfen aus dem Konsolidierungsfonds erhalten. Das ist ein Erfolg und eine wichtige Hilfe, entspricht aber nur der Hälfte der Zinslast, die Bremen jährlich aufbringen muss. Wir verschulden uns gegenwärtig also immer weiter. Bei allen Sparanstrengungen ist Bremen nicht in der Lage, Altschulden abzubauen. Bremen wird nach wie vor im

Finanzausgleichsystem benachteiligt, weil seine hohe Wirtschaftskraft zu wenig berücksichtigt wird und Bremen zu wenig von den hier erwirtschafteten Steuern profitiert. Die Neuverhandlung des Finanzausgleichs war in dieser Föderalismuskommission nicht durchzusetzen, sie bleibt aber auf der Aufgabenliste bremischer Politik.

Die Haushaltsnotlage verschärft sich jetzt noch zusätzlich durch die Weltwirtschaftskrise. Bremen muss bis 2011 hohe Steuerausfälle von ca. einer Milliarde Euro verkraften. Konjunkturbedingte Einnahmeausfälle in dieser Größenordnung werden wir nicht durch Ausgabenkürzungen oder Mehreinnahmen an anderer Stelle ausgleichen können. Daher hat der Senat eine Haushaltssperre verhängt. Die Behörden dürfen nur noch für gesetzlich verbindliche Aufgaben und bestehende Verpflichtungen Geld ausgeben. Nicht betroffen von der Haushaltssperre sind die Investitionen, vor allem das Konjunkturprogramm. Bremen darf bei der Konjunkturbelebung nicht beiseitestehen. Ein Stopp dieser Maßnahmen würde die Krise nur weiter verschärfen. Aber die Investitionen des Konjunkturprogramms gehen in nachhaltige Maßnahmen, vor allem in energetische Sanierungen im Bildungsbereich.

Nach einem guten Anfang stehen wir aufgrund der Wirtschaftskrise vor einer außerordentlichen Herausforderung. Wir nehmen auch diese sehr schwierige Situation an. Patentrezepte gibt es für diese Krise nicht. Unüberlegte Schnellschüsse helfen nicht weiter. Wir arbeiten jetzt an verantwortungsvollen Antworten auf diese zugespitzte Finanzlage.

HALBZEIT



Sprecher für Inneres und Sport
Björn Fecker

*Sprecher für Sozial-, Rechts- und
Behindertenpolitik* **Horst Frehe**



Fraktionsvorsitzender
Dr. Matthias Güldner

*Sprecherin für Gesundheit,
Frauen und Bremerhaven* **Doris Hoch**



Sprecherin für Bau, Stadtentwicklung und Kultur
Karin Krusche

*Sprecher für Haushalt und Finanzen, Bundes-
und Europaangelegenheiten* **Dr. Hermann Kuhn**



*Sprecherin für Umwelt, Verbraucherschutz, Landwirtschaft
und Regionalpolitik*
Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft
Dr. Karin Mathes

*Stellvertr. Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Wirtschaft
und Schwulen- und Lesbenpolitik* **Klaus Möhle**



HALBZEIT



*Sprecherin für Migrationspolitik,
Mitglied im Petitionsausschuss*
Dr. Zahra Mohammadzadeh



*Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik
und Datenschutz* **Mustafa Kemal Öztürk**



*Sprecherin für Energie, Entwicklungszusammenarbeit und
Verkehr*
Dr. Maike Schaefer



*Sprecher für Altenpolitik,
Bürgerbeteiligung und Beiräte* **Dirk Schmidtman**



Sprecherin für Wissenschafts- und Arbeitsmarktpolitik
Silvia Schön



*Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und
Sprecherin für Bildungs- und Medienpolitik* **Anja Stahmann**



*Sprecher für Häfen, Schifffahrt und Fischerei
und Kirchenpolitik, Mitglied im Petitionsausschuss*
Frank Willmann



Mit unseren Newslettern können Sie sich über unsere Arbeit auf dem Laufenden halten. Die Newsletter zu verschiedensten Themengebieten sind auf unserer Internetseite abonniebar:

www.gruene-fraktion-bremen.de

